



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

φ. ρ.: Aus dem Reichslande.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

noch höher gesteigerte Genusssucht. Man sieht, den aus solchen Ursachen entspringenden Uebeln wird nicht im Handumdrehen abzuhelfen sein. Nur Verbreitung wahrer Volksbildung und Vertiefung der Sittlichkeit sind Mittel, welche eine wesentliche Wirkung versprechen. Leider wird die Arbeit in dieser Richtung von den gebildeten Klassen noch längst nicht allgemein genug und nicht ernst genug betrieben. Dagegen frisst das Gift der gesellschaftszerstörenden Theorie in steigendem Maße um sich. Etwas Betrüberees, als die neulich hier in Berlin abgehaltene „öffentliche Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Versammlung“ ist nicht zu denken. Auf der Bühne würde es vielleicht noch von einigermaßen komischer Wirkung sein, wenn die „Präsidentin“ Hahn mit in die Seite gestemten Armen und blitzenden Augen eine dictatorische Geschäftsordnung handhabt, wenn Frau Stegemann im Idiom des Fischweibes die Grundsätze der weiblichen Socialdemokratie auseinandersetzt, wenn die gläubige Gemeinde, Bier trinkend, in einzelnen Exemplaren auch Strümpfe strickend oder Cigarren rauchend, zu Füßen der Prophetinnen sitzt und zum Schluß die Marseillaise anstimmt — in der Wirklichkeit aber muß Einem das Herz bluten bei dem Anblick, wie das Zartgefühl, von Natur das schöne Vorrecht auch des gewöhnlichsten Weibes, so gewaltsam erstickt wird.

Ja wohl, wir stehen am Ende eines Jahres, das uns das sociale Problem der Zukunft in weit düsterer Gestalt gezeigt hat, als wir es uns früher vorgestellt. Zugleich wüthet der unabsehbare Kampf zwischen Staat und Kirche. Um unter dieser Last nicht zu erliegen, um den auf beiden Seiten erwachsenden Aufgaben auf die Dauer gerecht zu werden, wird das deutsche Volk eine noch größere sittliche Stärke bethätigen müssen, als während des Krieges mit Frankreich. Wahrlich, es thut dringend noth, daß jeder denkende Mann sich an der Jahreswende mit dem ganzen Ernst der Lage des Vaterlandes erfülle!

X. X.

## Aus dem Reichslande.

Strasßburg, 27. Dezember.

Übermals stehen wir an einem bedeutsamen Wendepunkte: mit dem 1. Januar 1874 tritt die Verfassung des deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen voll und ganz in Wirksamkeit. In der französischen und theilweise auch in der deutschen Presse wird in jüngster Zeit die Ansicht verbreitet, als ob dadurch die politische Lage des Reichslandes kaum wesentlich geändert werde;

die einzige Neuerung werde die Theilnahme der elsäß-lothringischen Bevölkerung an den Wahlen zum Reichstage sein. Sollte denn aber wirklich der Umstand, daß die elsäß-lothringische Gesetzgebung, statt wie bisher durch Kaiser und Bundesrath allein, in Zukunft durch sämtliche Factoren der Reichslegislative ausgeübt werden wird, von gar keiner Bedeutung sein? Wenn bisher die Klage erhoben wurde, daß man das Land ungehört mit einer Fluth neuer Gesetze überschütte, so wird in diesem Punkte wenigstens nunmehr Wandel geschaffen werden. Das Ideal der sogenannten elsässisch-elsässischen Partei, die volle Autonomie, ist freilich damit noch nicht erreicht, aber die 15 elsäß-lothringischen Abgeordneten werden doch im Reichstage offen und laut ihre Stimme erheben können für die Interessen ihres Landes. Die Entscheidung freilich wird in den Händen einer nicht-elsäßlothringischen Majorität liegen; aber es ist ihnen doch die Möglichkeit gegeben, diese Majorität aufzuklären, sie zu beeinflussen. In welchem Grade, das wird lediglich von dem politischen Standpunkte der reichsländischen Abgeordneten abhängen. Wir zweifeln nicht, daß elsässische Particularisten, wenn sie sich wirklich aufrichtig auf den Boden der gegebenen Thatsachen stellen und jeden Gedanken an eine Wiedervereinigung mit Frankreich aus ihren Bestrebungen verbannen, beim Reichstage Entgegenkommen finden werden, während man über französische Protestler selbstverständlich zur Tagesordnung übergehen wird. Soviel ist klar, daß die Bevölkerung des Reichslandes in diesem Augenblicke geradezu die Entscheidung über ihr künftiges Schicksal in der Hand hält.

Leider ist zur Stunde noch durchaus zweifelhaft, in welcher Richtung sie diese Entscheidung fällen wird. Die Wichtigkeit des Moments ist offenbar noch weit entfernt, allgemein begriffen zu sein; von einer eigentlichen Wahlbewegung im Lande ist nicht zu reden. Da und dort hat sich eine Anzahl Männer über eine Candidatur besprochen, wohl auch eine solche aufgestellt; mit welcher Aussicht auf Erfolg ist aber noch nirgends zu sagen. Obendrein fehlt in der elsässisch-elsässischen Partei noch gar zu sehr die Klarheit des Willens. Haben die Männer dieser Richtung wirklich erkannt, daß ihre Politik nur Sache des Verstandes, niemals Sache des Herzens sein darf, wozu dann noch immer dieser unmännlich-larmoyante Ton, mit welchem ihr Organ, das „Elsässische Journal“ das Verhältniß Elsaß-Lothringens zum Reiche zu behandeln liebt? Was soll man sich denken bei den ewigen Klagen über die Trübsal dieser Zeit und bei der Bertröstung mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft? Gern wollen wir glauben, daß die Leiter des genannten Blattes dabei die Beseitigung des gegenwärtigen Dictaturzustandes und die berechtigte Betheiligung Elsaß-Lothringens an der politischen Verwaltung ihres Heimathlandes im Sinn haben; wollte aber Jemand die „bessere Zukunft“ als die Wiedervereinigung mit Frankreich deuten, so würde er dafür in den

wehmüthig-sehnsüchtigen Blicken, mit denen das „Journal d'Alsace“ nur zu oft über die Vogesen hinüberschaut, einen genügenden Anhaltspunkt finden. Dieser nebelhafte Zwitterstandpunkt mochte ja eine Zeitlang seine Berechtigung haben; im Augenblicke des Handelns aber kann er für die, welche ihn einnehmen, nur verderblich sein. Wie klar ist dagegen die Stellung der ultramontanen und andererseits die der französisch-republikanischen Partei! Die letztere zumal kennt gegenüber den Wahlen nur Einen leitenden Gedanken: absolute Deutschfeindlichkeit. Ihr Organ, die Gambetta'sche „Republique française“, fordert mit der ihm eigenen Entschiedenheit, daß Alle, Katholiken, Protestanten, Juden und Freidenker, die sie trennenden Unterschiede vergessen und sich zu dem Einen Glaubensbekenntniß vereinigen: Frankreich für immer! Keine Unthätigkeit! — so ermahnt das Blatt, — Keine Wahlenthaltung! Alle zur Urne! — aber nur, um Männer zu wählen, die in Berlin das Banner Frankreichs zu entfalten entschlossen sind. Der Rath zur Verbrüderung der Confessionen, zum gemeinsamen Proteste gegen die Vereinigung mit Deutschland hat Herr Gambetta bereits bei der Option erteilt. Ob er diesmal von größerem Erfolge sein wird, als damals, bleibt abzuwarten. Die Chancen der entschieden deutsch-feindlichen Opposition werden in der That ganz davon abhängen, ob Klerikale und Republikaner sich über gemeinsame Candidaten zu verständigen wissen. Ob die Nachricht, daß dies in Metz gelungen sei, indem sich beide Parteien, nach der Ablehnung des republikanisch gesinnten Bürgermeisters Bezanson auf den Bischof Dupont des Loges vereinigt hätten, ist noch unverbürgt. Hier im Elsaß verlautet noch nichts Bestimmtes über französische Candidaturen; die Ultramontanen sind ja ohnehin gewohnt, unter der Oberfläche zu arbeiten. Dagegen ist die elsässisch-particularistische Partei bereits mit einigen Namen hervorgetreten, mit denen Deutschland schon zufrieden sein könnte: so Bergmann im Stadtkreis, Klein im Landkreis Straßburg, Flaxland in Kappoltzweiler, Schlumberger in Gebweiler, Häffely in Mülhausen. Wirklich fest steht aber bisher nur die Candidatur Bergmann's. Die Erklärung, in welcher das allgemein geachtete Mitglied der Straßburger Handelskammer dieselbe soeben annimmt, erkennt die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum deutschen Reiche unumwunden an und fordert auf dieser Basis die möglichst autonome Constituirung des Reichslandes; sie ist die loyalste Kundgebung, die aus dem Kreise der eingeborenen Elsässer noch hervorgegangen. Welchen Wiederhall sie im Lande findet, werden uns erst die nächsten Wochen lehren.

Die aus Deutschland eingewanderten Elemente werden selbstverständlich ihre Aufgabe lediglich darin finden dürfen, die Candidaten der elsässischen Partei zu unterstützen. Nur politische Thoren würden im Elsaß an ein gesondertes Vorgehen, an die Aufstellung von „entschieden deutschen“ Candidaten

denken können. Ob die Verhältnisse in Lothringen, namentlich in Metz, wegen des dort allerdings scharf hervortretenden Gegensatzes der Nationalitäten wesentlich anders liegen, wage ich nicht zu entscheiden. Die dortige „reichsfreundliche Partei“, d. h. die deutsche Einwanderung, soll die Absicht haben, den Grafen Guido Henczel von Donnerstark aufzustellen. Offen gestanden, ist uns die Konstituierung der Deutschen in Metz zu einer politischen Partei niemals als ein sehr zweckmäßiger Schritt erschienen; und auch jetzt, will uns bedünken, als thäten unsere Landsleute besser daran, ihre Stimme irgend einem gemäßigten Manne aus der eingeborenen Bevölkerung zu geben. — Wie die Regierung sich angesichts der Wahlen zu verhalten hat, kann keinen Augenblick zweifelhaft sein, nämlich lediglich als die Hüterin der Gesetze, ohne eine active Einmischung in den Gang der Wahlbewegung zu versuchen. Zum größten Bedauern aller Gemäßigten beging die hiesige Polizeidirection in dieser Richtung gleich anfangs einen seltsamen Verstoß, indem sie dem Seidenhändler Carré, als derselbe eine Anzahl Herren zu einer vorbereitenden Wahlbesprechung eingeladen hatte, die „Warnung“ zugehen ließ, die Nachsicht der Polizei gegen französische Agitationen könne einmal ein Ende nehmen. Carré ist geborener Franzose, ohne jedoch optirt zu haben; er hat die Passion, an gewissen historischen Tagen seine Schaufenster über und über mit schwarzen Stoffen auszustatten und mit großen Lettern das Wort „Deuil“ darauf zu verzeichnen; auch ist allgemein bekannt, daß bei den Bezirksrathswahlen das „Comité Carré“ eine sicherlich nicht regierungsfreundliche Thätigkeit entfaltet hat. Dies Alles jedoch gab der Polizei kein Recht zu einem präventiven Verwarnungsverfahren, welches die französische Opposition nur anreizen kann, in der öffentlichen Meinung aber den Argwohn erregen muß, daß die Freiheit der Wahlbewegung durch eine unberechenbare Willkür gefährdet sei. Man wird hoffen dürfen, daß derartige Schritte während des Verlaufs der Wahlbewegung von der Verwaltung vermieden werden, so sehr auch gewisse gute Freunde sie jederzeit zu dergleichen zu ermuntern bereit sind. Diesen letzteren wäre es sogar ganz recht, wenn man auf die officiellen Candidaturen des Kaiserreichs zurückgriffe; sie sind der Ansicht, die Bezirkspräsidenten und Kreisdirectoren (die ehemaligen Präfecten und Unterpräfecten) brauchten der rathlosen Bevölkerung nur einen Namen zu nennen, um denselben mit enormer Majorität aus der Urne hervorgehen zu sehen. Abgesehen davon, daß das Gelingen des Experiments doch keineswegs so gesichert sein dürfte, muß das öffentliche Gewissen die officiellen Candidaturen in Elsaß-Lothringen aus ganz denselben Gründen verurtheilen, wie im übrigen Deutschland. Und diesem Gewissen zuwiderzuhandeln, um die Opposition des Reichstags um einige Stimmen zu schmälern, wäre, um machiavellistisch zu reden, wahrlich nicht der Mühe werth. Ueberhaupt sind die elsass-lothringischen Wahlen für

den Gang der großen Reichspolitik ja ohne Bedeutung, nur auf das fernere Schicksal des Reichslandes werden sie von bestimmendem Einfluß sein. Und gerade deshalb hat die Regierung selbst das größte Interesse daran, daß der Wille der Bevölkerung seinen ungetrübten Ausdruck finde. Bekanntlich hat der Reichskanzler wiederholt die Bereitwilligkeit angedeutet, dem Reichslande sobald nur möglich eine weitergehende Selbständigkeit zu geben. Die bevorstehenden Wahlen werden den einfachsten Maßstab abgeben, ob dieser Augenblick bereits gekommen ist. Fallen sie gemäßigt, resp. deutschfreundlich aus, um so besser! Aber die Regierung hat jedenfalls keine Veranlassung, günstige Wahlergebnisse zu machen und sich dadurch der triftigsten Argumente für die Aufrechterhaltung des Provisoriums zu berauben, während der diesen Argumenten zu Grunde liegende tatsächliche Zustand unverändert fortbestände.

Uebrigens wird, selbst beim günstigsten Ausfall, das Problem der Zukunft des Reichslandes ein äußerst schwieriges bleiben. Namentlich über das Maß der Autonomie wird ein Einklang zwischen den Wünschen der Elsaß-Lothringer und der Bereitwilligkeit der legislativen Factoren des Reichs nicht so leicht zu erzielen sein. Die Elsässer urtheilen so: das Reichsland kann alle Attribute der Staatsgewalt beanspruchen, welche nicht durch die Reichsverfassung ausdrücklich dem Reiche vorbehalten werden, also ganz die gleiche Selbständigkeit, wie die übrigen Bundesstaaten. Da wir aber keine elsäß-lothringische Dynastie besitzen, so sind wir Republik und haben das Recht, uns nach Weise der Hansestädte selbst zu regieren. Die einfache Folge würde sein, daß Elsaß-Lothringen sich eine republikanische Verfassung und Verwaltung gäbe, in welche ihm Kaiser und Reich, solange es die durch die Reichsverfassung ihm auferlegten Pflichten erfüllte, durchaus nichts dreinzureden haben. Die Staatsgewalt dieser Republik hätte natürlich das Recht, die Landesbeamten zu ernennen und zu entlassen; auch die Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrathe würde sie zu bestellen haben. Natürlich würde das Land allmählig von dem importirten deutschen Beamtenthum gesäubert werden, und so würde schließlich wenigstens theilweise der Plan jener trefflichen Staatskünstler verwirklicht werden, welche bei der Losreißung von Frankreich aus Elsaß-Lothringen einen neutralen Freistaat zu machen vorschlugen. Wir denken nicht daran, unsern heutigen Autonomisten den nur allzu durchsichtigen Sintergedanken jenes Planes unterzuschieben; der Mangel der Neutralität, die feste Position des Reichs in den elsäß-lothringischen Festungen, die nach Art. 68 der Reichsverfassung dem Kaiser zustehende Befugniß der Verhängung des Belagerungszustandes würden einer direct französischen Politik ohnehin einen Kiegel vorschieben. Aber daß die Republik Elsaß-Lothringen die Wiederverschmelzung des urdeutschen Landstrichs mit dem alten Mutterlande auf immer verhindern würde, liegt auf der Hand. Und derartiges haben Deutsch-

lands Staatsmänner mit der Schöpfung des „Reichslandes“ gewiß nicht beabsichtigt. Unsere Autonomisten werden also ihre Anforderungen bedeutend ermäßigen müssen. Wie weit, das zu erörtern wäre heute noch verfrüht. Auf die Dauer kann ja selbstverständlich der Zustand nicht bestehen, welcher den ohnehin über zu lange Sesssionen klagenden Reichstag mit der gesammten elsass-lothringischen Landesgesetzgebung belastet. Aber um über die Eventualitäten auch nur die Möglichkeit eines Urtheils zu haben, muß eben abgewartet werden, welche politische Stellung die Bevölkerung des Reichslandes selbst einnimmt.

p. e.

### Aus der vorgeschichtlichen Zeit. \*)

Vor etwa zehn Jahren erschien in England bei Williams und Morgat die erste Auflage dieses gediegenen und in vieler Beziehung bahnbrechenden Werkes. Daß erst jetzt, nach der dritten Auflage des Originals, eine deutsche Uebersetzung erfolgt, kann uns nur lieb sein — denn gerade im letzten Jahrzehnt hat die jüngste der Disciplinen der Neuzeit, die prähistorische Wissenschaft so ungeheure Fortschritte gemacht, daß die Bereicherung der letzten gegen die früheren Auflagen eine ganz bedeutende sein mußte. Kein geringerer als einer der ersten Betreter dieser Wissenschaft, der vielseitige Rudolph Virchow — der Mediciner, Politiker, Archäolog und Berliner Stadtverordnete, der Mann des Reichstags und Landtags — liefert die Vorrede zu dem Werke, die in jedem Worte ein warmes Lob für dasselbe ausströmt. Der Mensch mit seinem ganzen Thun und Treiben, seinem Denken und Meinen, seinem innern Wesen soll wieder entdeckt, soll aufgefunden werden in einer Zeit, von der Niemand etwas weiß und unter ganz anderen Umgebungen, als die gegenwärtigen. Andere Thiere umgaben ihn, andere Pflanzen fesselten seine Aufmerksamkeit. Vielleicht hatte die Erde selbst eine andere Gestalt, ein anderes Klima. Nicht nur der Anatom, sondern auch der Zoolog, der Botaniker, der Geolog, der Astronom müssen hier mitwirken, gleichwie die prähistorische Archäologie, da sie das roheste Gewerbe, ja die menschliche Arbeit überhaupt, zum Gegenstande ihrer Betrachtungen machen muß, ihre Erklärungen nicht bloß wie der Archäolog der geschichtlichen Zeit beim Bildhauer oder Archi-

\*) Die vorgeschichtliche Zeit, erläutert durch die Ueberreste des Alterthums und die Sitten und Gebräuche der jetzigen Wilden von Sir John Lubbock. Aus dem Englischen von A. Passow. Mit einleitendem Vorwort von Rudolf Virchow. Erster Band mit 180 Illustrationen in Holzschnitt, 1 Grundriß und 2 lithographischen Tafeln. Jena, S. Costenoble 1874.